Gegenüberstellung der staatlichen Gegenentwürfe zum Konkordat mit Bayern vom Dezember 1922 und vom Januar 1923, Artikel 13

Römischer Entwurf zum Staatlicher

Gegenentwurf zum

Gegenentwurf zum

Konkordat mit Bayern vom September 1922.

Konkordat mit Bayern

Konkordat mit Bayern vom Januar 1923.

vom Dezember 1922.

Art. 13.

Art. 13.

Art. 13.

Staatlicher

§ 1. In der Leitung und Verwaltung der

Diözesen sowie in der Führung der Pfarraemter in eigentlichem Sinne werden nur

Geistliche verwendet werden, welche die bayerische oder eine

sonstige deutsche

Staatsangehörigkeit besitzen.

Aufwendungen des bayerischen Staates für die Besoldungen Kirche in der Leitung und Verwaltung der

Diözesen, ferner der

Diözesanbildungsanstalt Diözesanbildungsanstalten sowie in der

Pfarrseelsorge und für die Erteilung des

den Volksschulen nur Geistliche verwenden,

die

§ 1. Im Hinblick auf die § 1. Im Hinblick auf die Aufwendungen des bayerischen Staates für die Besoldungen der Geistlichen wird die der Geistlichen wird die Kirche in der Leitung und Verwaltung der Diözesen, ferner der

sowie in der

Pfarrseelsorge und für die Erteilung des Religionsunterrichtes an Religionsunterrichtes an den Volksschulen nur

Geistliche verwenden,

die

a) die bayrische oder eine andere deutsche Staatsangehörigkeit haben,

a) die bayerische oder eine andere deutsche Staatsangehörigkeit

haben,

b) das Reifezeugnis eines deutschen staatlichen oder staatlich anerkannten humanistischen

Gymnasiums besitzen,

b) das Reifezeugnis eines deutschen vollwertigen humanistischen

Gymnasiums besitzen,

c) ein erfolgreiches, c) die von der Kirche mindestens dreijähriges vorgeschriebenen theologisches Studium philosophischauf deutschen

theologischen Studien

an einer deutschen Universitäten, an bayerischen staatlichen Hochschule oder an oder staatlich einer päpstlichen anerkannten Lyzeen Hochschule in Rom oder an den kirchlichen erfolgreich zurückgelegt Priesterbildungsanstalterhaben in Rom zurückgelegt haben. Ausnahmen können nur mit Zustimmung der bayerischen Staatsregierung

§ 2. Desgleichen müssen die bayerische oder eine andere deutsche Staatsangehörigkeit besitzen die Oberen der Niederlassungen die Orden und religiösen Kongregationen, die in Bayern ihren ständigen die bayerische oder Sitz haben. Doch bleibt unberührt das Recht der Ordensobern besitzen. Ausnahmen mit anderer Staatsangehörigkeit, die ihren Sitz außerhalb der bayerischen Bayerns haben, persönlich oder durch einen Vertreter ihre Häuser in Bayern zu visitieren.

zugelassen werden.

§ 2. Desgleichen müssen bei Orden und religiösen Kongregationen sowie bei deren Oberen, die in Bayern ihren Sitz haben, eine andere deutsche Staatsangehörigkeit werden nur mit Zustimmung Staatsregierung gemacht werden. Unberührt bleibt das mit anderer

§ 2. Desgleichen müssen bei Orden und religiösen Kongregationen sowie bei deren Niederlassungen die Obern, die in Bayern ihren Sitz haben, die baverische oder eine andere deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Unberührt bleibt das Recht der Ordensobern mit anderer Staatsangehörigkeit, die ihren Sitz außerhalb Bayerns haben, Recht der Ordensobern persönlich oder durch einen Vertreter ihre Häuser in Bayern zu die ihren Sitz außerhalb visitieren.

Quellen:

Gegenüberstellung des römischen Entwurfs zum Konkordat mit Bayern mit dem staatlichen Gegenentwurf vom Dezember 1922; Dokument Nr. 10458.

Staatsangehörigkeit,

persönlich oder durch einen Vertreter ihre Häuser in Bayern zu

Bayerns haben,

visitieren.

Staatlicher Gegenentwurf zum Konkordat mit Bayern vom Januar 1923; <u>Dokument Nr. 872</u>.

Empfohlene Zitierweise:

Gegenüberstellung der staatlichen Gegenentwürfe zum Konkordat mit Bayern vom Dezember 1922 und vom Januar 1923, Artikel 13, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 16098, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/16098. Letzter Zugriff am: 17.05.2024.